

Inhaltsübersicht

<i>Einleitung</i>	1
A) Problemstellung	1
B) Zielsetzung und Lösungsansatz	12

Erster Teil

Grundlagen

<i>Erstes Kapitel: Vorstrukturierung des Verständnisses von einem sozialen Steuerrecht</i>	17
A) Die Notwendigkeit der Abgrenzung unterschiedlicher sozialer Steuerwirkungen	18
B) Die Methode zur Abgrenzung sozialer Steuerwirkungen und zur Bestimmung des für den Lebensbedarf zu verschonenden Einkommens	39
C) Ergebnis der Vorstrukturierung	48

<i>Zweites Kapitel: Sozialrecht als Bezugssystem für ein soziales Steuerrecht</i>	49
A) Der sozialpolitische Sozialrechtsbegriff als Ausgangspunkt	49
B) Internalisierendes und externalisierendes Sozialrecht	52
C) Sozialrecht im engeren Sinn, Überblick	59

<i>Drittes Kapitel: Sozialhilferechtliche Vorgaben für ein soziales Steuerrecht</i>	63
A) Das Spektrum der Hilfs- und Förderungssysteme	64
B) Das Sozialhilferecht als allgemeines Hilfs- und Förderungssystem	69
C) Besondere Hilfs- und Förderungssysteme – Bedeutung für ein soziales Steuerrecht –	107
D) Zusammenfassung zum ersten Teil	127

Zweiter Teil

Konkretisierungen sozialer Besteuerung im geltenden Einkommensteuerrecht

<i>Erstes Kapitel: Einführung</i>	133
A) Bezüge zwischen dem Leistungsfähigkeitsprinzip und dem sozialhilferechtlichen Nachranggrundsatz	134
B) Das Prinzip der Individualbesteuerung und der sozialhilferechtliche Individualisierungsgrundsatz	155

C) Die Notwendigkeit einer bedarfsorientierten Betrachtung	167
D) Schwerpunkte der Darstellung	173

<i>Zweites Kapitel:</i> Aufwand für den Lebensbedarf des Steuerpflichtigen . . .	175
A) Unbenannte Entlastungen durch den Grundfreibetrag	175
B) Aufstockung durch Sonderausgaben	183
C) Außergewöhnliche Belastungen	198
D) Zusammenfassung	228

<i>Drittes Kapitel:</i> Aufwendungen für den Lebensbedarf von Angehörigen des Steuerpflichtigen	231
A) Das Ehegattensplitting	233
B) Kinderfreibetrag und Kindergeld, Exponenten des Problems der Alternativität zwischen steuerlicher Verschonung und sozialer Leistung	239
C) § 33 a EStG als sedes materiae bedarfsabhängiger Steuerverschonungen . .	271
D) Zusammenfassung zum zweiten Teil	292

Dritter Teil

Verfassungsrechtliche Bindungen des Einkommensteuerrechts an Vorgaben des Sozialhilferechts

<i>Erstes Kapitel:</i> Gleichheitsrechtliche Grundlagen der Steuergerechtigkeit . .	302
A) Der allgemeine Gleichheitssatz als inhaltlich begrenztes Mittel zur Verwirklichung von Steuergerechtigkeit	303
B) Die personale Ausrichtung des allgemeinen Gleichheitssatzes auf Art. 1 GG	322
C) »Horizontale« und »vertikale« Steuergerechtigkeit als Entfaltungsmuster der rechtlichen Gleichheit im Steuerrecht	333

<i>Zweites Kapitel:</i> Entfaltung eines freiheitsrechtlichen Ansatzes von Steuergerechtigkeit	337
A) Die Freiheitsverantwortung des sozialen Rechtsstaats	337
B) Die besondere Abhängigkeit des Sozialstaats von der Freiheit seiner Bürger	348
C) Folgerungen für einen freiheitsrechtlichen Ansatz von Steuergerechtigkeit	361

<i>Drittes Kapitel:</i> Art. 14 GG als freiheitsrechtliche Weichenstellung zwischen der steuerlichen Belastung und der sozialhilfe-rechtlichen Leistung	364
A) Besteuerung und Eigentum, Meinungsstand und Kritik	365
B) Der eigentumsrechtliche Schutz des Einkommens	380
C) Folgerungen für ein freiheitsrechtliches Konzept von Steuergerechtigkeit	408

Inhaltsverzeichnis

<i>Einleitung</i>	1
A) Problemstellung	1
B) Zielsetzung und Lösungsansatz	12

Erster Teil Grundlagen

<i>Erstes Kapitel: Vorstrukturierung des Verständnisses von einem sozialen Steuerrecht</i>	17
A) Die Notwendigkeit der Abgrenzung unterschiedlicher sozialer Steuerwirkungen	18
I) Historisch-finanzwissenschaftliche Grundlagen	19
1) Die Entwicklung vom Äquivalenzprinzip zum Leistungsfähigkeitsprinzip als »Ursache« für das Abgrenzungsproblem	20
2) Soziales Steuerrecht bei <i>Adolph Wagner</i> und <i>Robert Meyer</i>	22
3) Soziales Steuerrecht in den Kodifikationen der Preußischen und der Reichseinkommensteuergesetze	24
a) Die Preußischen Einkommensteuergesetze der Jahre 1808 bis 1891 24 – b) Die Reichseinkommensteuergesetze 31	
II) Moderne rechtswissenschaftliche Unterscheidungen	37
B) Die Methode zur Abgrenzung sozialer Steuerwirkungen und zur Bestimmung des für den Lebensbedarf zu verschonenden Einkommens	39
I) Abschichtung nach der Funktion steuergesetzlicher Regelungen	40
II) Entfaltung des Leistungsfähigkeitsprinzips als bedarfsgerechtes Besteuerungsprinzip	41
1) Der herkömmliche Interpretationsansatz	42
2) Sozialhilferechtliche Anforderungen an einen bedarfsorientierten Interpretationsansatz	46
C) Ergebnis der Vorstrukturierung	48

<i>Zweites Kapitel: Sozialrecht als Bezugssystem für ein soziales Steuerrecht</i>	49
A) Der sozialpolitische Sozialrechtsbegriff als Ausgangspunkt	49
B) Internalisierendes und externalisierendes Sozialrecht	52
I) Die grundlegende Unterscheidung	53
II) Zusammenhänge zwischen internalisierenden und externalisierenden Problemlösungen	55
III) Folgen für ein soziales Steuerrecht	57
1) Internalisierende und externalisierende Problemlösungen als Konkretisierungen des Alternativitätsproblems	57
2) Soziales Steuerrecht als Wirkungsbedingung für internalisierendes und externalisierendes Sozialrecht	57
C) Sozialrecht im engeren Sinn, Überblick	59
 <i>Drittes Kapitel: Sozialhilferechtliche Vorgaben für ein soziales Steuerrecht</i>	63
A) Das Spektrum der Hilfs- und Förderungssysteme	64
I) Überblick	64
II) Funktion und Funktionswandel der Sozialhilfe	65
III) Strukturierung	69
B) Das Sozialhilferecht als allgemeines Hilfs- und Förderungssystem	69
I) Bedarfsdeckung nach dem Individualisierungsgrundsatz	71
1) Hilfe zum Lebensunterhalt	73
a) Allgemeine Grundsätze 73 – b) Leistung nach Regelsätzen 75	
2) Hilfe in besonderen Lebenslagen, Überblick	79
II) Bedarfsdeckung nach dem Nachranggrundsatz	82
1) Einkommen und Vermögen i.S. des Sozialhilferechts	85
a) Der Begriff des Einkommens 85 – b) Der Begriff des Vermögens 95 – c) Einkommen und Vermögen im Rahmen der Hilfe zum Lebensunterhalt und im Rahmen der Hilfen in besonderen Lebenslagen 96	
2) Die Berücksichtigung von Unterhaltsansprüchen des Hilfesuchenden – Bedeutung für das Steuerrecht	100
a) Unterhaltsansprüche innerhalb von Haushalts- und Bedarfsgemeinschaften 101 – b) Unterhaltsansprüche außerhalb von Bedarfsgemeinschaften 103 – c) Unterhaltsansprüche im Rahmen der Hilfe in besonderen Lebenslagen 106	
C) Besondere Hilfs- und Förderungssysteme -- Bedeutung für ein soziales Steuerrecht --	107

I)	Kindergeld, Erziehungsgeld, Unterhaltsvorschuß, Kinder- und Jugendhilfe sowie Ausbildungsförderung	108
1)	Kindergeld	108
2)	Erziehungsgeld	109
3)	Unterhaltsvorschuß	109
4)	Kinder- und Jugendhilfe	110
5)	Ausbildungsförderung	111
II)	Wohngeld	113
1)	Inhalt der Regelung	114
2)	Wohngeld im Verhältnis zur Sozialhilfe	116
III)	Leistungen nach dem Arbeitsförderungsgesetz	117
1)	Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe	118
a)	Bedeutung der Kompensationsfunktion 118 – b) »Parallelen« zur Sozialhilfe 120	
2)	Die individuelle Förderung der beruflichen Bildung	123
a)	Förderung der beruflichen Ausbildung 124 – b) Förderung der beruflichen Fortbildung 125 – c) Förderung der beruflichen Umschulung 125	
3)	Das Verhältnis der individuellen beruflichen Förderung zur Sozialhilfe	126
4)	Einordnung des Arbeitsförderungsgesetzes als besonderes Hilfs- und Förderungssystem	126
D)	Zusammenfassung zum ersten Teil	127

Zweiter Teil

Konkretisierungen sozialer Besteuerung im geltenden Einkommensteuerrecht

<i>Erstes Kapitel:</i>	Einführung	133
A)	Bezüge zwischen dem Leistungsfähigkeitsprinzip und dem sozialhilferechtlichen Nachranggrundsatz	134
I)	Der soziale Anspruch des subjektiven Nettoprinzip	134
II)	Die funktionale Korrespondenz zwischen dem sozialhilfe- rechtlichen Nachranggrundsatz und dem subjektiven Nettoprinzip	136
1)	Funktionale Unterschiede zwischen dem steuerrechtlichen und dem sozialhilferechtlichen Einkommensbegriff	137
a)	Orientierung des sozialhilferechtlichen Einkommensbegriffs an der Einkommensverwendung 138 – b) Orientierung des steuer- rechtlichen Einkommensbegriffs an der Einkommensentstehung 138	

2) Konkretisierungen des steuerrechtlichen Einkommensbegriffs durch sozial geprägte Ausnahmebestimmungen des § 3 EStG . . .	140
a) Die unterschiedlichen Funktionen der Befreiungstatbestände 141 –	
b) Soziale Einordnung der Befreiungstatbestände nach der Methode vergleichender Abschtung 143	
3) Die zweifache Funktion des Leistungsfähigkeitsprinzips	145
a) Das Universalitäts- bzw. Totalitätsprinzip und das objektive Nettoprinzip 145 – b) Verschonung von existenznotwendigem Erwerbseinkommen nach Maßgabe des subjektiven Nettoprinzips 146	
4) Die Bedeutung der Grundsatzaussage des § 12 EStG für die funktionale Korrespondenz zwischen den normdirigierenden Prinzipien	147
a) Der restriktive Ansatz des Bundesverfassungsgerichts 148 –	
b) Historisch begründete Kritik an der Auffassung des Bundesverfassungsgerichts 148	
5) Beziehungen zwischen steuerlicher Leistungsfähigkeit und sozialem Bedarf	150
a) Unterschiede zwischen der Bezugsgröße subjektiver Leistungsfähigkeit und sozialem Bedarf 150 – b) Unterschiede zwischen fehlender subjektiver Leistungsfähigkeit und sozialer Bedürftigkeit 152	
III) Zwischenergebnis und Bestätigung der funktionalen Korrespondenz zwischen dem sozialhilferechtlichen Nachranggrundsatz und dem subjektiven Nettoprinzip	154
B) Das Prinzip der Individualbesteuerung und der sozialhilferechtliche Individualisierungsgrundsatz	155
I) Grundsatz und Ausnahmen	156
II) Rückblick auf die sozialhilferechtliche Regelungskonzeption	156
III) Die Familienbesteuerung im Überblick	157
1) Unterhaltsaufwendungen im Verhältnis zwischen Ehegatten . . .	158
a) Bestehende Wahlmöglichkeit zwischen Zusammenveranlagung und getrennter Veranlagung 158 – b) Fehlende Wahlmöglichkeit 159	
2) Aufwendungen für den Unterhalt von Kindern	160
a) Freibeträge für den Kindesunterhalt 160 – b) Kinderadditive 162	
3) Aufwendungen für den Unterhalt von anderen Personen	162
IV) Reformvorschläge	163
1) Familiensplitting	165
2) Familien-Realsplitting	166
C) Die Notwendigkeit einer bedarfsorientierten Betrachtung	167
I) Typischer und atypischer Bedarf – gewöhnliche und außer-gewöhnliche Aufwendungen bzw. Belastungen	169

II) Unterscheidung zwischen einem steuerrechtlichen Zuordnungs- und einem Aufwandstatbestand	170
III) Abzug des existenznotwendigen Aufwands von der Bemessungsgrundlage als Voraussetzung für eine bedarfsgerechte Verschönerung .	171
D) Schwerpunkte der Darstellung	173
<i>Zweites Kapitel: Aufwand für den Lebensbedarf des Steuerpflichtigen . . .</i>	<i>175</i>
A) Unbenannte Entlastungen durch den Grundfreibetrag	175
I) Abzug von der Bemessungsgrundlage, nicht von der Steuerschuld .	176
II) Anforderungen an eine bedarfsorientierte Ausgestaltung des Grundfreibetrages	177
1) Angleichung des Grundfreibetrages an sozialhilferechtliche Vorgaben	177
2) Steuerrechtliche Anhaltspunkte für die Bemessung des Grundfreibetrages	181
a) Die Vorgaben der §§ 3 Nr. 11 EStG, 53 AO 181 – b) Die Opfergrenze i.S. des § 33 a EStG 182	
III) Vorläufige Bewertung der sozialen Reichweite des Grundfreibetrages	183
B) Aufstockung durch Sonderausgaben	183
I) Das Spektrum der Abzugstatbestände	184
II) Entscheidung für eine bedarfsorientierte Interpretation der Abzugstatbestände	184
1) Vorsorgeaufwendungen	186
a) Beschränkung durch die Saldierungsvorschrift des § 10 Abs. 2 Nr. 1 EStG 186 – b) Begrenzung durch Höchstbeträge 188	
2) Aufwendungen für die berufliche Ausbildung und Weiterbildung	189
a) Verminderung des Sonderausgabenabzugs durch zweckgebundene Sozialleistungen 190 – b) Formulierung einer Saldierungsregel 192	
3) Aufwendungen zur Befriedigung des Wohnungs- bzw. Unterkunftsbedarfs	193
a) Beiträge an Bausparkassen 193 – b) Aufwendungen für die Herstellung und Schaffung von Wohneigentum 194	
III) Vorläufige Bewertung der sozialen Reichweite des Sonderausgabenabzugs	197
C) Außergewöhnliche Belastungen	198
I) Überblick	198

1) Systematisierungsansatz	199
2) Unterschiede zur Konzeption der Hilfe in besonderen Lebenslagen	199
II) Die eingeschränkte Berücksichtigung außergewöhnlicher Belastungen durch § 33 EStG	200
1) Die Zumutbarkeitsregel des § 33 Abs. 3 EStG als Ausdruck eines verfehlten Verschonungskonzepts	201
a) Unterscheidung von der sozialhilferechtlichen Zumutbarkeit des Verweises auf eigenes Einkommen und Vermögen 201 – b) Vorrang der Belastungs- vor der Entlastungsgerechtigkeit 202	
2) Das Prinzip der Vorteilsanrechnung und die Gegenwerttheorie	203
a) Zeitlich-funktionale Konkretisierung der Saldierungsregel bei der Vorteilsanrechnung 204 – b) Individuell-funktionale Konkretisierung der Gegenwerttheorie 206	
3) Die Gruppenvergleichsformel des § 33 Abs. 1 EStG als Hindernis für eine bedarfsgerechte Berücksichtigung außergewöhnlicher Belastungen	210
a) Bedarfsorientierte Auslegung der Gruppenvergleichsformel 211 – b) Bedarfsorientierte Unterscheidung zwischen gewöhnlichen und außergewöhnlichen Belastungen 212 – c) Berücksichtigung sozialhilferechtlicher Vorgaben 214	
4) Die tatbestandsübergreifende Bedeutung der Zwangsläufigkeit in § 33 Abs. 2 EStG	215
a) Die Zwangsläufigkeit dem Grunde nach 216 – b) Die Zwangsläufigkeit der Höhe nach 225	
D) Zusammenfassung	228
 <i>Drittes Kapitel: Aufwendungen für den Lebensbedarf von Angehörigen des Steuerpflichtigen</i>	
<i>231</i>	
A) Das Ehegattensplitting	233
I) Bedeutung für ein soziales Steuerrecht	234
II) Kritik an der Splitting-Regelung	236
1) Ehegattensplitting und Gütertrennung	237
2) Berücksichtigung einer Haushaltsersparnis	238
III) Das Realsplitting	238
B) Kinderfreibetrag und Kindergeld, Exponenten des Problems der Alternativität zwischen steuerlicher Verschonung und sozialer Leistung	239
I) Rechtsentwicklung des dualen Systems	240
II) Problemstellung und Ausblick	243

1) Gesetzliche Konzeption und Funktion des Kinderfreibetrages . .	244
a) Erste, insbesondere sozialhilferechtliche Konkretisierungen 245 –	
b) Die Unterscheidung zwischen Barunterhalt und Betreuungsunter-	
halt 247 – c) Halbteilungsgrundsatz und Übertragung des halben	
Kinderfreibetrages 250 – Die funktionale Überfrachtung des Kinder-	
freibetrages mit immateriellen Betreuungslasten 252	
2) Gesetzliche Konzeption und Funktion des Kindergeldes	254
a) Schwerpunkte der gesetzlichen Regelung 255 – b) Die sozialrechtliche	
Funktion des Kindergeldes 256 – c) Zwischenergebnis 259	
III) Die steuerliche Entlastungsfunktion des Kindergeldes in der	
neuesten Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts	260
1) Die Prämissen der Kindergeldentscheidung	260
2) Kritik an der sozialrechtlich-steuerlichen Doppelfunktion	
des Kindergeldes	261
a) Das schmale Spektrum funktional begründeter Kritik 262 –	
b) Die Verdrängung der sozialrechtlichen durch die steuerliche	
Entlastungsfunktion des Kindergeldes 264 – c) Kritik an der Umrechnung	
des Kindergeldes in einen steuerlichen Freibetrag 266	
IV) Lösungsvorschlag für die Beibehaltung des dualen Systems	269
V) Zwischenergebnis für das Alternativitätsproblem	270
C) § 33 a EStG als sedes materiae bedarfsabhängiger Steuerverschonungen 271	
I) Überblick	271
II) Qualitative Konkretisierungen der Aufwendungen für den Unterhalt	
und die Berufsausbildung	273
1) Aufwendungen für den Unterhalt	274
2) Aufwendungen für die Berufsausbildung	276
III) Quantitative Konkretisierungen der Aufwendungen für den Unterhalt	
und die Berufsausbildung	277
1) Der Höchstbetrag des § 33 a Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 EStG	
im Vergleich zu den Leistungen der Sozialhilfe	279
a) Vergleichsvoraussetzungen 279 – b) Vergleichsergebnisse 281	
2) Der Höchstbetrag des § 33 a Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 und die	
Ausbildungsfreibeträge des § 33 a Abs. 2 EStG	282
a) Vergleichsvoraussetzungen und Ergebnisse 282 – b) Vergleichs-	
ergebnisse unter Berücksichtigung der Ausbildungsförderung 283	
3) Anrechnungsproblem	285
a) Kritik an der Bedürftigkeitsvoraussetzung des § 33 a Abs. 1	
Satz 3 EStG 286 – b) Kritik an der Freibetragsmindernden Anrechnung	
von Leistungen der Sozialhilfe 286 – c) Kritik an der Verminderung	
der Ausbildungsfreibeträge durch öffentliche Ausbildungshilfen 289	
IV) Folgerungen für das Existenzminimum des Steuerpflichtigen	290
D) Zusammenfassung zum zweiten Teil	292

Dritter Teil

Verfassungsrechtliche Bindungen des Einkommensteuerrechts an Vorgaben des Sozialhilferechts

Einführung	299
<i>Erstes Kapitel: Gleichheitsrechtliche Grundlagen der Steuergerechtigkeit</i> . .	302
A) Der allgemeine Gleichheitssatz als inhaltlich begrenztes Mittel zur Verwirklichung von Steuergerechtigkeit	303
I) Steuergerechtigkeit in der Rechtsprechung des Bundes- verfassungsgerichts	304
1) Gleichheitsrechtliche Bindungen durch die Wertentscheidungen des Art. 6 Abs. 1 und 2 GG	307
2) Freiheitsrechtliche Ansätze zur Konkretisierung des Leistungsfähigkeitsprinzips	311
a) Art. 14 GG 311 – b) Art. 12 GG 312	
3) Soziale Vorgaben	315
4) Relativierung der Bedeutung des Leistungsfähigkeitsprinzips . .	319
II) Zwischenergebnis	322
B) Die personale Ausrichtung des allgemeinen Gleichheitssatzes auf Art. 1 GG	322
I) Unterscheidung zwischen dem Gleichheitssatz und dem Willkürverbot	323
II) Art. 1 GG als erste freiheitsrechtliche Weichenstellung zwischen der faktischen Gleichheit des Sozialhilferechts und der faktischen Ungleichheit des Steuerrechts	325
1) Rechtliche und faktische Gleichheit	326
2) Die Wertentscheidung des Art. 1 GG als Vorbedingung rechtlicher Gleichheit	327
a) Der durch das ökonomische Existenzminimum vergegenständlichte Freiheitsanspruch der Menschenwürde 328 – b) Konkretisierung der Minimalanforderungen an den Fortbestand bestehender und an die Erreichbarkeit fehlender Freiheit 332	
III) Erste Folgerungen für das Verhältnis zwischen der faktischen Gleichheit des Sozialhilferechts und der faktischen Ungleichheit des Steuerrechts	333
C) »Horizontale« und »vertikale« Steuergerechtigkeit als Entfaltungsmuster der rechtlichen Gleichheit im Steuerrecht	333
<i>Zweites Kapitel: Entfaltung eines freiheitsrechtlichen Ansatzes von Steuergerechtigkeit</i>	337

A) Die Freiheitsverantwortung des sozialen Rechtsstaats	337
I) Das Spektrum staatlicher Freiheitsverantwortung	339
II) Die besondere sozialstaatliche Freiheitsverantwortung	341
1) Kernaussagen des Sozialstaatssatzes für das ökonomische Existenzminimum	343
2) Das ökonomische Existenzminimum im Spannungsfeld zwischen staatlicher Mitverantwortung und individueller Eigenverantwortung	344
B) Die besondere Abhängigkeit des Sozialstaats von der Freiheit seiner Bürger	348
I) Die Bundesrepublik Deutschland als Steuerstaat	348
1) Freiheitliche Grundbedingungen im Steuerstaat	349
2) Der Steuerstaat als Ausprägung der Unterscheidung zwischen Staat und Gesellschaft	351
a) Die Unterscheidung zwischen Staat und Gesellschaft als funktionales Erklärungsmodell 351 – b) Folgen für die freiheitlichen Grundbedin- gungen im Steuerstaat 353	
3) Die finanzverfassungsrechtliche Festlegung für den Steuerstaat .	354
a) Finanzverfassungsrechtliche Grundlagen 355 – b) Folgen für den steuer- und abgabenfinanzierten Sozialstaat 355	
II) Die freiheits- und sozialstaatliche Festlegung des Steuerstaates im Grundgesetz	357
1) Die freiheitsrechtliche Basis des Steuerstaates	357
2) Die sozialstaatliche Basis des Steuerstaates	360
C) Folgerungen für einen freiheitsrechtlichen Ansatz von Steuergerechtigkeit	361
I) Das Leistungsfähigkeitsprinzip als freiheitsschonendes Besteuerungsprinzip	361
II) Das Leistungsfähigkeitsprinzip als Belastungsmaßstab des sozialen Steuerstaates	362

<i>Drittes Kapitel: Art. 14 GG als freiheitsrechtliche Weichenstellung zwischen der steuerlichen Belastung und der sozialhilferechtlichen Leistung</i>	<i>364</i>
--	------------

A) Besteuerung und Eigentum, Meinungsstand und Kritik	365
I) Die Theorie vom eigentumsrechtlichen Schutz eines durch die Besteuerung auferlegten Wertopfers	367
II) Die Auffassung vom mittelbaren Vermögensschutz	370

III) Ansätze zur Begrenzung des steuerlichen Zugriffs durch die Institutsgarantie des Art. 14 GG	372
IV) Entfaltung des Art. 14 GG als steuerrechtsleitendes Prinzip	374
B) Der eigentumsrechtliche Schutz des Einkommens	380
I) Die funktionale Sicht der Eigentumsgarantie als Voraussetzung für den eigentumsrechtlichen Schutz des Einkommens	381
1) Die freiheits- und daseinssichernde Funktion des Eigentums	381
2) Eigentumsfunktionen des Einkommens	385
a) Wandel der Eigentumsfunktion 385 – b) »Eigentum im Sinne von Einkommen« 387	
3) Konkretisierung von unterhaltsrechtlichen, sozialrechtlichen und steuerrechtlichen Einkommensfunktionen	388
a) Der zivilrechtliche Befund 389 – b) Die Maßstabsfunktion der sozialrechtlichen Hilfs- und Förderungssysteme 389 – c) Steuerrechtliche Konkretisierungen der Einkommensfunktion 391	
II) Einkommensfunktionen als Ausprägungen der Institutsgarantie des Eigentums	392
1) Die Bedeutung der Institutsgarantie für die Inhaltsbestimmung des Eigentums	393
a) Konkretisierung der Institutsgarantie durch das Prinzip der Privat- nützigkeit 396 – b) Privatnützigkeit und Selbstverantwortung 398	
2) Zwischenergebnis	400
III) Konkretisierung des schutzwürdigen Erwerbseinkommens im Spiegel der Sozialbindung des Eigentums	401
1) Privatnütziges und sozial gebundenes Eigentum	402
2) Ausschluß der Verhältnismäßigkeitsprüfung	404
a) Privatnütziges, indisponibles Einkommen 406 – b) Sozial gebundenes, disponibles Einkommen 407	
C) Folgerungen für ein freiheitsrechtliches Konzept von Steuergerechtigkeit	408
I) Zusammenfassung der Anknüpfungspunkte	408
II) Konkretisierung des Leistungsfähigkeitsprinzips als bedarfs- gerechtes Besteuerungsprinzip	409
III) Berücksichtigung des existenznotwendigen Bedarfs bei der Festsetzung der Steuerbemessungsgrundlage	410
<i>Anhang: Die Entscheidung des bundesverfassungsgerichts zur Verfassungs- widrigkeit des Grundfreibetrages in den Jahren 1978 bis 1984, 1986, 1988 und 1991</i>	<i>411</i>
<i>Literaturverzeichnis</i>	<i>417</i>
<i>Register</i>	<i>447</i>